

Stadt St.Gallen



Stadtparlament
Rathaus
9001 St.Gallen

☐ Motion

☒ Postulat

☐ Interpellation

☐ schriftlich

☐ mündlich

Eingereicht von: Rahel Gerlach, SP, Bettina Surber, Juso

Titel: Richtlinien für die Bewilligungspraxis im öffentlichen Raum -
Damit die Stadt ohne finanziellen Aufwand an Kultur gewinnt

Text:

Wer in der Stadt St.Gallen eine Veranstaltung auf öffentlichen Plätzen durchführen möchte, muss um eine Bewilligung bei der Gewerbebehörde nachsuchen. Mit Einreichung des Bewilligungsgesuchs wird ein oft langwieriges und undurchschaubares Verfahren eingeleitet und Bewilligungen werden erst nach einem langen Hin und Her erteilt. Bei der Gewerbebehörde scheint gar die Praxis vorzuherrschen, Gesuche grundsätzlich negativ zu beurteilen.

Im Sinne einer lebendigen und kulturell vielfältigen Stadt sollte es möglich sein, Leuten, die mit viel Engagement und Idealismus Veranstaltungen vorbereiten und durchführen, in einem einfachen und raschen Verfahren grundsätzlich eine Bewilligung zu erteilen. Es kann nicht Sinn einer städtischen Bewilligungspraxis sein, dass diesen Leuten aufgrund des Bewilligungsverfahrens der Schnauf ausgeht oder dass die Veranstaltung leidet, weil eine Planung nicht möglich ist, solange man nicht weiss, ob überhaupt eine Bewilligung erteilt wird oder nicht. Es sollte vielmehr Anliegen einer Stadt sein, möglichst viele Veranstaltungen zu unterstützen, weil die Stadt dadurch ohne finanziellen Aufwand ihrerseits an Kultur gewinnt.

Veranstaltungen im öffentlichen Raum beleben die Stadt, vermitteln Kultur und schaffen Begegnungen. In diesem Sinne bitten wir den Stadtrat, folgendes zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten:

1. ob die momentane Bewilligungspraxis zweckmässig ist
2. wie das Bewilligungsverfahren in andern Städten gehandhabt wird
3. ob die Kompetenz zur Erteilung von Bewilligungen für Veranstaltungen im öffentlichen Raum bei der Gewerbebehörde richtig angesiedelt ist
4. ob für das Bewilligungsverfahren vom/von der Einzelnen einsehbare Richtlinien und Kriterien ausgearbeitet werden können, die vorsehen, dass Veranstaltungen im öffentlichen Raum grundsätzlich zu bewilligen sind und die Auskunft geben betreffend
 - Einreichung des Gesuchs
 - Ablauf des Verfahrens
 - Kosten des Verfahrens

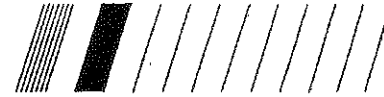
Datum: 26.09.06

Unterschrift:

Rahel Gerlach
B. Surber



Stadt St.Gallen



Stadtparlament
Rathaus
9001 St.Gallen

☐ Motion

☒ ~~Postulat~~

☐ Interpellation

☐ schriftlich

☐ mündlich

Eingereicht von: **Andreas Bernhardsgrütter**

Titel: **Nutzung des öffentlichen Aussenraumes**

Text:

Die Anforderungen an den öffentlichen Raum sind intensiv. Dabei gilt es verschiedene Nutzergruppen und Ansprüche zu berücksichtigen. Je nach Lage des jeweiligen Strassenraumes oder Platzes ergeben sich unterschiedliche Prioritäten an den Raum: Während an gewissen Plätzen eine Belebung durch Gartenwirtschaften oder Veranstaltungen durchaus erwünscht sind, besteht andernorts ein stärkeres Bedürfnis nach Ruhe.

Durch die Erarbeitung von räumlichen Leitvorstellungen können folgende Themen behandelt werden:

- Konzeptionelle Vorstellungen über die Nutzung unterschiedlicher Stadträume in den Wohnquartieren, Quartierzentren und im Stadtzentrum
- Nutzungskonzepte zu den Plätzen und Strassenräume im Zentrum über die jeweilige Intensivität der erwünschten Nutzung mit einer Aufgabenteilung der unterschiedlichen Stadträume (eher ruhige und eher belebte Gassen).
- Die Schaffung von autofreien Plätzen in Wohnquartieren evtl. in Kombination mit Quartierparking-Anlagen.
- ~~Möglichkeiten und Grenzen~~ einer zunehmenden "Privatisierung und Kommerzialisierung" des öffentlichen Aussenraumes
- Möglichkeit, einzelne Parkfelder (evtl. nur saisonal) durch Gartenwirtschaften zu belegen, wo dies zu einer erwünschten Belebung des betroffenen Raumes führen könnte
- Nachvollziehbare Gestaltungskriterien / Empfehlungen für die Nutzung und Möblierung des öffentlichen Aussenraumes

Ich bitte den Stadtrat Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie durch die Erarbeitung eines Konzeptes räumliche Leitvorstellung für die Nutzung des öffentlichen Aussenraumes entwickelt werden können.

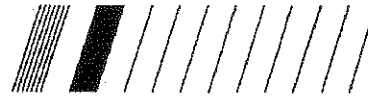
Datum: 12. 6. 2007

Unterschrift:

A. Bernhardsgrütter



www.stadt.sg.ch



☐ Motion

☒ Postulat

☐ Interpellation

☐ schriftlich

☐ mündlich

Eingereicht von:

Barbara Frei FDP, Marcel Rotach FDP, Roman Bühler FDP

Titel: Ausgehverhalten bis in alle Nacht – ein Albtraum

Text:

Das Ausgehverhalten der Gesellschaft, speziell von Jugendlichen, hat sich in den letzten Jahren verändert, leider nicht immer zum Vorteil von kommunalen Aufgaben. Mitunter beginnen Kulturprogramme an den Wochenenden zu später Stunde und enden teilweise erst deutlich nach Mitternacht. Anschliessend finden mancherorts Partys bis in die frühen Morgenstunden statt, die letzten Nachtbusse haben dann das Zentrum bereits verlassen. Vergnügungswillige aus den umliegenden Gemeinden und Kantonen nutzen die nächtlichen Angebote der öffentlichen Verkehrsmittel und gelangen nach Mitternacht in die Stadt. Eine Rückreise ist für sie nur in den frühen Morgenstunden mit den ersten Kursen der Bahn- und Busbetriebe wieder möglich.

Dieses veränderte Ausgehverhalten hat in den letzten Jahren zu untragbaren Zuständen speziell in der Innenstadt geführt. Die vielen Menschen im freien Raum verursachen Lärm und verunmöglichen eine angemessene Nachtruhe für Bewohnerinnen und Bewohner in innerstädtischen Wohnlagen. Beim Genuss von Konsumgütern im öffentlichen Raum werden die Behältnisse allorts liegen gelassen. Die Folgen sind Glasscherben auf den Gehsteigen und Plätzen, Verschmutzung durch Abfall, Kaugummi und dergleichen sowie in extremen Fällen Verunreinigungen durch Exkrememente. Eine massgebende Rolle spielt hier sicher auch der Alkoholkonsum, in dessen Folge oft eine erhöhte Lärm- und Gewaltbereitschaft ausgelebt wird. Die aufgezeigten Problemfelder sind komplex und lassen sich sicherlich nicht in einem „Aufwisch“ lösen. Tatsache ist, dass das Tiefbauamt Kündigungen im Reinigungsdienst verkraften musste, da die Angestellten nicht mehr bereit waren, diese Verschmutzungen zu beseitigen und dabei noch angepöbelt oder gar bedroht zu werden. In Bussen und Zügen, die frühmorgens die Stadt verlassen, müssen zusätzliche Sicherheitsbeamte mitreisen um gewalttätigen Übergriffen, Verschmutzung und Vandalismus vorzubeugen.

Wir sind der Meinung, dass bei den aufgezeigten Problemfeldern Handlungsbedarf besteht.

Wir bitten den Stadtrat Bericht zu erstatten, welche Massnahmen er zur Lösung der komplexen Problematik zum veränderten Ausgehverhalten mit all seinen negativen Facetten ergreifen will.

Datum:

19.2.2008

Unterschrift:

